



Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Wissenschaft und Umwelt
Domplatz 12
39104 Magdeburg



Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Klima III

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Land Sachsen-Anhalt

Für den Schwerpunkt

☐ Sachsen-Anhalt Klima III - Klimawandelresilienz
Finanzplanebene 12.08.1

☐ Sachsen-Anhalt Klima III – Starkregenrisikomanagement
Finanzplanebene 12.08.2

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Landkreis/Gemeindenummer

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Steuerliche Identifikationsnummer

Vorsteuerabzugsberechtigt?

☐

Ja

☐

Nein

☐

teilweise mit

%

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1. dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabenbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 Geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

2.4 Zuordnung zum Fördergegenstand lt. Nr. 2. der Richtlinie

2.4.1 Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz gegenüber Klimafolgen gemäß Nr. 2.1 der Richtlinie (Finanzplanebene 12.08.1)

Nichtinvestive Maßnahmen (gemäß Nr. 2.1.1 der Richtlinie)

- | | | |
|--|---|--|
| ☐ Klimaanalysen | ☐ Verwundbarkeits-
untersuchungen | ☐ Machbarkeitsstudien |
| ☐ Hitzeaktionspläne | | |

Investive Maßnahmen (gemäß Nr. 2.1.2 der Richtlinie)

- | | | |
|--|---|--|
| ☐ a) Entsiegelung, Begrünung und
Beschattung, hier | ☐ öffentlicher Flächen | ☐ öffentlicher Gewässer |
| ☐ b) Gebäudeverschattung oder
sommerlicher Wärmeschutz
an Gebäuden | | |
| ☐ c) passive Kühlung von
Gebäuden | Art der technischen Lösung | |
| ☐ d) Dach-, Fassaden- und
Straßenbegrünung, auch in
Kombination mit der
Entsiegelung von
wärmespeichernden Flächen,
hier | ☐ Dachbegrünung | ☐ Fassadenbegrünung |
| | ☐ Straßenbegrünung | ☐ Entsiegelung von
wärmespeichernden Flächen |
| ☐ e) Neupflanzung von
klimaangepassten Strauch-
und Baumarten (nur im
Zusammenhang mit
Maßnahmen nach Buchstabe
a) und d) dieses Antrags bzw.
der Richtlinie Nr. 2.1.2) | | |

Name der Strauch- oder Baumart (Aufschlüsselung zu Buchstabe e))

Geplante anzupflanzende Anzahl

Sonstige Maßnahmen (gemäß Nr. 2.1.1 oder 2.1.2 der Richtlinie)

☐ Nichtinvestive Maßnahmen (bitte bezeichnen)	
☐ Investive Maßnahmen (bitte bezeichnen)	

2.4.2 Maßnahmen des kommunalen Starkregen- und Hochwasserrisikomanagements gemäß Nr. 2.2 der Richtlinie (Finanzplanebene 12.08.2)

Nichtinvestive Maßnahmen, hier Konzepte und Planungen für die (gemäß Nr. 2.2.1 der Richtlinie)

- | | | |
|---|--|---|
| ☐ a) Beseitigung oder Minderung von sowie Vorbeugung gegen klimawandelbedingte Veränderungen | ☐ b) Durchführung von Hochwasserschutz- und Starkregenaudits | ☐ c) Durchführung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen |
| ☐ d) Alarm- und Einsatzplanung der Wasserwehr oder Einbindung digitaler Systeme | ☐ e) Öffentlichkeitsarbeit zur Risikoprävention, Eigenvorsorge und Umweltbildung (im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Buchstabe a) | |

Investive Maßnahmen (gemäß Nr. 2.2.2.1 der Richtlinie):

Beschaffungen zur Verbesserung des mobilen Hochwasserschutzes und notwendiger Ausrüstung auf Basis von bereits bestehenden Konzepten und Planungen

- | | |
|---|--|
| ☐ a) Beschaffung von ortsgebundenen und ortsungebundenen Schutzsystemen gegen Starkregen- und Hochwassergefahren | ☐ b) Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen zur nachhaltigen und integrativen Anpassung an den Klimawandel |
|---|--|

Investive Maßnahmen (gemäß Nr. 2.2.2.2 der Richtlinie):

Baumaßnahmen zum Zwecke der Verbesserung des kommunalen Hochwasserschutzes und des Starkregenrisikomanagements sowie zur Beseitigung oder Minderung von sowie Vorbeugung gegen klimabedingte Veränderungen auf Basis von bereits bestehenden Konzepten und Planungen

- | | | |
|--|--|--|
| ☐ a) Errichtung kommunaler Anlagen des technischen Hochwasserschutzes | ☐ b) Errichtung von Lagern zur Unterbringung von ortsgebundenen und ortsungebundenen Schutzsystemen des Hochwasserschutzes als Teil einer Gesamtmaßnahme im Zusammenhang mit der Förderung gemäß Nr. 2.2.2.1, Buchstabe a) der Richtlinie | ☐ c) Baumaßnahmen an kommunalen Anlagen des technischen Hochwasserschutzes einschließlich des hochwassergerechten Umbaus sonstiger wasserwirtschaftlicher Anlagen |
| ☐ d) Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserrückhaltevermögens in den Einzugsgebieten der Gewässer zweiter Ordnung sowie die Schaffung von Möglichkeiten zum Wasserrückhalt bei oder nach Starkniederschlägen und damit verbundenen Erosionen | ☐ e) Maßnahmen zur Herstellung neuer Gewässer, zur Wiederherstellung ehemals vorhandener Gewässer sowie zur wesentlichen Umgestaltung von Gewässern zweiter Ordnung für den Hochwasserschutz als Anpassung an die Folgen des Klimawandels | ☐ f) Erhalt und Ausbau des dezentralen Rückhaltes und Versicherung von Niederschlagswasser |
| ☐ g) Herstellung von anderen Anlagen zur Starkregenaufnahme und Wasserentnahme im Bedarfsfall | ☐ h) Hangbepflanzung zur Stabilisierung gegen Erosion und Auswaschung bei Starkregen oder Sturzfluten | ☐ i) Notwendiger Erwerb von Grundstücken |

Sonstige Maßnahmen (gemäß Nr. 2.2.1, 2.2.2.1 oder 2.2.2.2 der Richtlinie)

☐	Nichtinvestive Maßnahmen (bitte bezeichnen)	
☐	Investive Maßnahmen (bitte bezeichnen)	
☐	Investive Baumaßnahmen (bitte bezeichnen)	

2.5 Ziel des Vorhabens gemäß Projektauswahlkriterien (zutreffendes bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen möglich für Vorhaben nach Ziffer 2.2 der Richtlinie)

Hinweis: Zu den nachfolgend gesetzten Kreuzen ist eine detaillierte schriftliche Erläuterung in Ihrer Vorhabenbeschreibung einzureichen (vgl. Nr. 2 der Unterlagencheckliste)

2.5.1 Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz gegenüber Klimafolgen gemäß Nr. 4.2.1 der Richtlinie (Finanzplanebene 12.08.1)

Effektivität des Vorhabens

- ☐ Klimamanager
- ☐ Fortbildung
- ☐ Anpassung an den Klimawandel

Wirkungskreis des Vorhabens

- ☐ Punktuell
- ☐ Synergien mit anderen Umweltbereichen
- ☐ In der Fläche

Umsetzbarkeit des Vorhabens

- ☐ Konzept vorliegend
- ☐ Planung vorliegend bzw. nicht investive Maßnahme
- ☐ Alle Genehmigungen liegen vor/sind nicht erforderlich

2.5.2 Maßnahmen des kommunalen Starkregen- und Hochwasserrisikomanagements gemäß Nr. 4.2.2 der Richtlinie (Finanzplanebene 12.08.2)

Schadenspotential

- ☐ Lage im Hochwasserrisikogebiet
- ☐ Grundwasserflurabstand <10m
- ☐ Besondere Gefährdung aufgrund der Topographie (Starkregen)

Geschützte Einwohner je Gemeinde

- ☐ <100
- ☐ 100-1.000
- ☐ >1000

Wirkungskreis des Vorhabens

- ☐ Regional/ punktuell
- ☐ Synergien mit anderen Umweltbereichen
- ☐ Überregional/ in der Fläche

Wasserwirtschaftliche Effekte

- ☐ Gering (z.B. Ausstattung der Wasserwehr)
- ☐ Mittel (nichtinvestive Vorhaben)
- ☐ Hoch (investive Vorhaben)

Umsetzbarkeit des Vorhabens

- ☐ Konzept vorliegend
- ☐ Planung vorliegend bzw. nicht investive Maßnahmen
- ☐ Alle Genehmigungen liegen vor/sind nicht erforderlich

2.6 Angabe der Sollwerte zu Indikatoren

Indikator(en) (Code und Bezeichnung)	Soll-Wert (Prognose zum Zeitpunkt der Antragstellung)
---	---

2.6.1 Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz gegenüber Klimafolgen (Finanzplanebene 12.08.1)

RCO27: Anzahl nationaler und subnationaler Strategien zur Anpassung an den Klimawandel	
RCR37: Bevölkerung, die von Schutzmaßnahmen gegen klimabedingte Naturkatastrophen (außer Hochwasser oder Wald- und Flächenbrände) profitiert (Personen)	

2.6.2 Maßnahmen des kommunalen Starkregen- und Hochwasserrisikomanagements (Finanzplanebene 12.08.2)

RCO27: Anzahl nationaler und subnationaler Strategien zur Anpassung an den Klimawandel	
RCR35: Bevölkerung, die von Hochwasserschutzmaßnahmen profitiert (Personen)	

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (für nichtinvestive Maßnahmen) (in Euro)

Ausgaben für Dienstleistungen Dritter	
Summe der Ausgaben	

3.2 Geplante Ausgaben (für investive Maßnahmen) (in Euro)

Investitionen (z. B. technische Anlagen, Ausrüstungen)	
Ausgaben für Dienstleistungen Dritter	
Summe der Ausgaben	

3.3 Geplante Ausgaben (für Baumaßnahmen) (in Euro)

Baufeldfreimachung	
Baugrunduntersuchung	
Planungsleistungen	
Bauliche Investitionen	
Baunebenkosten	
Grunderwerb	
Summe der Ausgaben	

3.4 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	
Beantragte Zuwendung	
Fremdmittel	
Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	
Summe der Finanzierungsmittel	

3.5 Finanzierung der Ausgaben / Aufteilung mehrjähriger Vorhaben

	Jahr	geplante Gesamtausgaben (in Euro)	beantragte Zuwendung (in Euro)	geplanter Einsatz der Eigenmittel (in Euro)
20				
20				
20				
20				
20				
Summe				

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns ist die geltende Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Land Sachsen-Anhalt – Erlass des MWU vom 13.Mai 2024 – 31 -46813-11, S. 754 ff. – und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer

juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-Gk werden anerkannt.

- b) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/ Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko. Mit/uns ist das Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn bekannt (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).
Hinweis: Sobald Sie eine systemgenerierte Nachricht über den Antragseingang erhalten, gilt dieser als eingegangen.

Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe/n ich/wir vor Antragstellung noch nicht begonnen. Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden verbindlichen Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten ist. Die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens, von Planungsarbeiten und erforderlichen Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Beginn des Vorhabens, sofern sie nicht alleiniger Zweck der Förderung sind. Gleiches gilt bei Baumaßnahmen für Planung, Bodenuntersuchung, Grunderwerb und das Herrichten des Grundstücks. Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn der Arbeiten.

- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Hiermit versichere ich/versichern wir, dass bei der Planung des Vorhabens auch die Betriebs- und Instandhaltungskosten für das beantragte Vorhaben mit Infrastrukturinvestitionen bzw. produktiven Investitionen berücksichtigt wurden und damit Vorkehrungen getroffen wurden, die finanzielle Tragfähigkeit des Vorhabens zu gewährleisten. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir im Falle einer Förderung des beantragten Vorhabens, die getroffenen Vorkehrungen jederzeit nachweisen können muss/müssen.
- d) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- e) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- f) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- g) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- h) Ich erkläre/wir erklären, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausgaben für eine Verlagerung gemäß Artikel 66 Absatz 1 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 27 Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden. Eine Verlagerung ist gemäß Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 die Übertragung derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit oder eines Teils davon von einer im Gebiet einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte (ursprüngliche Betriebsstätte) zu im Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebs-stätte, in der die geförderte Investition getätigt wird (geförderte Betriebsstätte). Eine Übertragung liegt vor, wenn das Produkt oder die Dienstleistung in der ursprünglichen und in der geförderten Betriebsstätte zumindest teilweise denselben Zwecken dient und der Nachfrage o-der dem Bedarf desselben Typs von Verbrauchern gerecht wird und in einer der im Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen ursprünglichen Betriebsstätten des Beihilfeempfängers Arbeitsplätze im Bereich derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit verloren gehen.
- i) Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir das Hinweisblatt zur Wahrung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB). zur Kenntnis nehme(n) und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werde(n). Sofern das beantragte Vorhaben auch die Förderung von Teilnehmern umfasst, werde ich/werden wir diese Informationen an die Teilnehmer weitergeben. Mir/Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung führen kann.
- j) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- k) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- l) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- m) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB verpflichtet ist, den Finanzbehörden bestimmte Angaben zur Förderung, insbesondere die Höhe der ab 01.01.2024 gewährten Zahlungen, gemäß § 2 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und Rundfunkanstalten (Mitteilungsverordnung) vom 07.09.1993 (BGBl. I S. 1554) in der jeweiligen Fassung, zu übermitteln.
- n) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.
- o) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1, 2.1, 2.2, 2.3, 2.4.1, 2.4.2, 2.5.1, 2.5.2, 2.6.1, 2.6.2, 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 4., 5 a) 5 b), 5 c), 5 d), 5 e), 5 f), 5 g), 5 h), 5 i), 5 j) 5 k), 5 l), 5 m) und 5 n) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18 und 19 beizufügenden Unterlagen. Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

☐ Ja

☐ Nein

Elektronische Kommunikation: In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das [IB-Kundenportal](https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal). Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des IB-Kundenportals ist eine Registrierung erforderlich. Nähere Informationen zum IB-Kundenportal finden Sie unter <https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal>.

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Veröffentlichung

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.

6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ **Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ **per Post** ☐ **telefonisch** ☐ **per E-Mail**

6.3 Hinweise zur Datennutzung

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antrag geforderten Angaben zum Antragsteller und seinen wirtschaftlichen Eigentümern zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe a Verordnung [EU] Nr. 2016/679 Datenschutz-Grundverordnung, § 4 Satz 1 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt - DSAG LSA in Verbindung mit Artikel 69 Absatz 2 und Anhang XVII Verordnung [EU] 2021/1060).

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der IB verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union übermittelt und von diesen verarbeitet werden können. Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)